

Er scheint wöchentlich Freitags
Bezugspreis durch die Post
1,20 M. vierteljährlich

Inserate für den Arbeitsmarkt
20 Pf., alle andern 30 Pf. pro
3gepalte Petizelle

Sattler- und Portefeuille-Zeitung

Organ zur Wahrnehmung der Interessen aller in der Sattlerei und der gesamten
Lederverwarendindustrie und deren Nebenbetrieben beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen

Nr. 18 .: 24. Jahrgang

Verlag und Redaktion: Berlin SO. 18, Bräun-
straße 10b .: Telephon: Am I, 2120

Berlin, den 6. Mai 1910

Inhalt: Vertragszahlung. — Streikmützen. — An die organisierte Arbeiterschaft Deutschlands. — Der außerordentliche (siebente) Gewerkschaftskongress. — Streiks und Lohnbewegungen. — Korrespondenzen. — Bekanntmachung des Zentralvorstandes. — Adressenänderungen. — Versammlungskalender. — Anzeigen.

Für die Woche vom 8. bis 14. Mai ist der 19. Verbandsbeitrag fällig. Wer länger wie fünf Wochen mit seinen Beiträgen im Rückstande ist, kann keinerlei Unterstützung aus der Verbandskasse erhalten.

Achtung! Kollegen! Achtung!
Die Kollegen werden in ihrem eigensten Interesse ersucht, bei Arbeitsaufnahme in anderen Städten sich zuvor bei der dortigen Ortsverwaltung zu erkundigen.

Bayreuth, Fürth und Hof in Bayern.
Die Kollegen stehen in diesen Orten in einer Lohnbewegung.

Berlin. Die Treibriemensattler der Firma Schwarz & Co. stehen im Streik. Etwaige Arbeitsangebote sind daher zurückzuweisen.

Breslau. Die Lohnbewegung der Militärsattler ist durch Anerkennung des Berliner Tarifs erfolgreich für die Arbeiterschaft beendet. Die Treibriemensattler erzielen einen teilweisen Erfolg.

Brieg (Bez. Breslau). Die Kollegen der Militärsattelwerkstatt der Firma Schneider stehen im Ausstand.

Dresden. Die Treibriemen- und die Geschirrsattler stehen in einer Lohnbewegung.

Hamburg. Hier stehen die Kollegen in einer allgemeinen Lohnbewegung.

Leipzig. Wegen allgemeiner Lohnbewegung ist unter Ort streng zu meiden. 100 Kollegen stehen noch im Streik. Bei der Firma Moritz Wähler ist eine zufriedenstellende Einigung erzielt.

Die Treibriemensattler im Rheinland stehen in einer Lohnbewegung. Arbeitsangebote sind daher mit Vorsicht anzunehmen.

Ausland.

Oesterreich-Ungarn.

Naab und Kaschau. Die Firma Zellschön und Frankenstein, Lederwarenfabrik, ist nach wie vor gesperrt.

Schweiz.

Basel. Der hiesige Platz ist für Sattler aller Branchen gesperrt und daher streng zu meiden.
Zürich. Die Firma Karl Weyhing & Cie., Reissartikel- und Kofferfabrik in Zürich III, Manessestr. 196, ist für Sattler und Hilfsarbeiter gesperrt.

Von allen den vorgenannten Orten ist der Zugang streng fernzuhalten.

An die organisierte Arbeiterschaft Deutschlands.

Seit dem 15. April sind die Arbeiter der baugewerblichen Organisationen ausgesperrt, weil sie die Annahme eines Vertragsmusters ablehnten, das ihren gewerkschaftlichen Einfluss auf die Gestaltung der Arbeitsbedingungen lahmgelegt hätte. Es ist der größte Kampf, der zwischen Organisationen der Arbeitgeber und der Arbeiter in Deutschland jemals ausgetragen wurde, und schon die Rücksichtnahme auf den großen Umfang und die Schwere dieses Kampfes erheißt es, die notwendige Unterstützung ohne Verzug einzuleiten.

Der Außerordentliche (VII.) Gewerkschaftskongress zu Berlin hat am 25. April folgenden Beschluss gefasst: Der Außerordentliche Kongress der Gewerkschaften Deutschlands zu Berlin spricht den ausgesperrten Bauarbeitern seine vollsten Sympathien aus. Das von dem Unternehmerverband vorgelegte Vertragsmuster enthält Bestimmungen, deren Annahme jeden weiteren Einfluss der Gewerkschaften auf die Gestaltung der Lohn- und Arbeitsbedingungen unterbinden möchte. Die Zurückweisung dieser Bestimmungen erfordert das Selbstbehaltung der Gewerkschaften. Der Kampf der organisierten Bauarbeiter gegen die beabsichtigte Vergewaltigung durch den Unternehmerverband ist deshalb ein Kampf für die gewerkschaftlichen Grundrechte aller Arbeiter. Der Außerordentliche Gewerkschaftskongress fordert auf Antrag sämtlicher Vorstände der deutschen Gewerkschaften die organisierten Arbeiter Deutschlands auf, den Aussperrten ihre Solidarität durch sofortige Aufnahme allgemeiner Sammlungen zu beweisen.

In Ausführung dieses Beschlusses erlauben wir die organisierte deutsche Arbeiterschaft, sich nach Kräften an diesen Sammlungen für die ausgesperrten Arbeiter der Bauindustrie zu beteiligen.

An die Vorstände der Gewerkschaften und örtlichen Gewerkschaftskartelle ergeht die Bitte, sofort die nötigen Maßnahmen zu diesen Sammlungen zu treffen. Die Gewerkschaftskartelle werden ersucht, die Sammlungen an ihrem Orte zu zentralisieren. Sammellisten werden von der Generalkommission nicht verfasst; soweit solche erforderlich sind, müssen diese von den Gewerkschaftskartellen besorgt werden.

Gemäß dem Beschlusse des Kölner Gewerkschaftskongresses sind alle für die Bauarbeiter aufzubringen Gelder nur an die Generalkommission abzuführen. Für die Ablieferung ist folgende Adresse zu benutzen:

Konto-Nr. 7980, Hermann Kube, Postfachamt Berlin

oder direkt an Hermann Kube, Berlin SO. 18, Engelshof 15.

Der Einfachheit wegen und um Porto zu sparen, wolle man die letztere Adresse nur benutzen, wenn besondere Umstände die direkte Einendung der Gelder erfordern. Im übrigen sind alle Geldsendungen, unter Angabe der obigen Kontonummer und dem Namen des Kontoinhabers, ausschließlich an das Postfachamt Berlin zu richten. Zur Erleichterung der Einzahlungen erhalten in nächster Zeit alle Gewerkschaftskartelle Zahlkarten, auf denen die volle Adresse vorgebrucht und auf denen nichts weiter nachzutragen ist, als der Betrag der abgehandelt wird. Zahlkarten mit dem darauf bezeichneten Betrag können bei allen Postämtern des Reichs unentgeltlich eingeliefert werden. Ortsverwaltungen und Zahlstellen der Verbände, die aus besonderen Gründen Gelder direkt an die Generalkommission einfinden — in der Regel sollen die Gelder an das Gewerkschaftskartell am Ort abgeliefert werden — werden ersucht, gleichfalls nur Zahlkarten zu benutzen und sich solche vom Gewerkschaftskartell am Ort ausshändigen zu lassen.

Über die eingehenden Beträge wird im Korrespondenzblatt quittiert. Besondere Quittungen werden den Einsendern nicht zugestellt.

Die Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands

G. Legien.

Der außerordentliche (siebente) Gewerkschaftskongress.

Am Montag, den 25. April, traten, wie wir in voriger Nummer bereits kurz berichteten, die Delegierten der Gewerkschaften zusammen, um zu einer der wichtigsten Fragen der Befreiung des Deutschen Reiches, der Reichsversicherungsordnung, Stellung zu nehmen. Daß auch diese Manifestation die Zersplitterung der deutschen Arbeiterschaft in die verschiedensten „Richtungen“ wiederum zum Ausdruck brachte, kann man bedauern, jedoch wissen wir, die freien Gewerkschaften, uns frei von jeder Schuld, was ja die Hauptsache ist. Denn wenn die „Christen“, die soeben beim Kampf in Bauindustrie durch die Prügel der Unternehmer an die Seite der Gewerkschaften getrieben wurden, es bei der Kundgebung gegen die Reichsversicherungsordnung aus „Weltanschauungs-“ und anderen „Gründen“ wieder über sich brachten, sich von ihren Klassengenossen zu trennen, so mögen sie auch die spätere Verantwortung für diese Handlungsweise auf sich nehmen. Daß die „neu-

tralen“ Hirsch-Dunderischen Gewerksvereine in Gemeinschaft mit ihren „erbittertesten Feinden“, den Christen, es vorzogen, bei der Gesellschaft für „soziale Reform“, ein Sammelkurium von mehr oder weniger wohlmeinenden, ein Gemisch von mehr oder weniger klar sehenden Professoren und Ministern a. D., zu antizipieren, und diese Hintertreppchenpolitik, die Politik des Winkeln und Betteln, dem ehrlichen und geraden, Schulter an Schulter mit uns gemeinsam zu führenden Kampfe vorzogen, war für den Kenner der Verhältnisse vorauszu sehen. Durch diese Manöveraktionen aber, die nicht zum erstenmal von diesen Auch-Arbeiterorganisationen in Anwendung gebracht wurden, wird der Charakter dieser „Gewerkschaften“ auch den „Aneingeweihten“ immer klarer erkennbar. Und das ist wahrlich kein Schade, sondern ein großer Nutzen für die Arbeiterbewegung.

Die Reichsbehörden waren von der Generalkommission gleichfalls nicht eingeladen worden, wie Genosse Legien in seiner Eröffnungsrede betonte, weil man von vornherein wußte, daß die Regierungsvertreter doch „keine

Zeit" haben, sich auf derartigen Tagungen, die nicht im Unternehmerinteresse veranstaltet werden, sehen zu lassen. Andererseits sei die Regierung durch die vorhergegangenen Stundgebungen, den Krankentage und die Generalversammlungen einer ganzen Anzahl Gewerkschaften, über unsere Wünsche orientiert.

Dahingegen waren die Reichstagsfraktionen sämtlicher Parteien eingeladen worden und nicht erschienen; ja nicht einmal eine Antwort war auf diese Einladung erfolgt. Auch die Partei für Wahrheit und Recht, das Zentrum, die Partei der Gewerkschafts-Kristen, glänzte durch Abwesenheit, nur die sozialdemokratische Partei hatte eine Vertretung ihres Vorstandes sowohl wie eine solche der Reichstagsfraktion entsandt und damit aufs neue dokumentiert, daß die Arbeiter außer ihr keine Freunde im Reichsparlament haben. Auch dieser Vorgang ist mir geeignet, etwa vorhandene Unklarheiten zu beseitigen, so bedauerlich an sich das Zerbleiben der Parlamentarier anderer Richtungen auch sein mag. Daß übrigens die Resultate des Kongresses den Abgeordneten aller Parteien zur Kenntnis gelangen, dafür ist Vorjorge getroffen worden.

Es lag in der Natur des Kongresses, daß eine Diskussion nur in sehr beschränktem Umfang Platz greifen konnte. Erstens schon wegen der Kürze der vorgesehener Tagungsdauer (zwei Tage) und zweitens wegen der zur Erörterung stehenden Materie. Mein gewerkschaftliche Fragen kamen, von der Kundgebung zugunsten der Bauarbeiter abgesehen, gar nicht zur Verhandlung, und konnte es sich in der Tat nur darum handeln, das von den Sachverständigen mit Mienenfisch zusammengetragene Material über das anderthalbtausendparagraphige Monstrum, den Regierungsentwurf zur Reichsversicherungsordnung, zur Kenntnis der Anwesenden zu bringen, deren Aufgabe es nun sein muß, hiervon den rechten Gebrauch zu machen. Wir hätten aber gewünscht, daß in Anbetracht dieses Zweckes die Referenten ihre Vorträge schriftlich niedergelegt, vervielfältigt und den Teilnehmern zugestellt hätten. Naturgemäß geht es auf solchen Kongressen ziemlich lebhaft um ein vielhundertstimmiges, wenn auch nur im Plüsteren geführtes Gespräch, wagt man zu einem ununterbrochenen, dem aufmerksamsten Verfolg der Referate störenden Schweigen. Das ist schließlich nicht anders und kann wohl auch kaum anders sein. Aber ehe das Protokoll mit den stenographischen Berichten erscheint, vergeht eine kostbare, nie wieder einzuholende Spanne Zeit, die bei wirklicher Kenntnisnahme der Materie durch die Teilnehmer zur energishesten Bekämpfung des Regierungsentwurfs dienen könnte. Interessenten seien daher auf die im „Correspondenzblatt der Generalkommission“ erscheinenden Artikel hingewiesen, die das hauptsächlichste Material wohl enthalten dürften. Den Referenten, von denen, wie die Tagesordnung zeigte, jeder ein bestimmtes, eng begrenztes Gebiet zu beackern hatte und dadurch eine erschöpfende Kritik der Vorlage durch Weibringung inneren Materials leisten konnte, zu folgen, war, wie gesagt, nicht gut möglich. Andererseits ist es unmöglich, ein derartiges Gelehrtenwerk etwa so nebenbei und nur gelegentlich unter die Lupe zu nehmen, dazu gehören Wochen ungeörterten Studiums. Wir wünschten in Anbetracht der hier angeführten Umstände, daß entweder die Drucklegung des Protokolls äußerst beschleunigt oder aber die Referate noch jetzt nachträglich den Teilnehmern und Redaktionen der Gewerkschafts- und Parteipresse im Auszuge zugestellt würden.

Ueber die einzelnen Referate wäre kurz und zusammenfassend folgendes zu berichten. Ueber das wichtigste und umfassendste Gebiet, die Krankenversicherung, referierte der Sekretär des Zentral-Arbeiterssekretariats Gustav Bauer-Verein. Alle die Schäden und Verschlechterungen des neuen Entwurfs gegenüber den zurzeit bestehenden Bestimmungen Revue passieren lassend, die wenigen und materiell äußerst unbedeutenden Verbesserungen

jedoch auch zur Darstellung bringend, zeigt er, daß die Gesamtvorlage in ihrer jetzigen Gestalt für die Arbeiter unannehmbar ist. Interessant ist, daß gegen die geplante Halbierung der Beiträge und der dadurch bedingten Verkümmern der Selbstverwaltung der Krankenkassen, mit Ausnahme des Zentralverbandes der Industriellen, alle Beteiligten, u. a. der Bund der Industriellen, der Handwerker, die Mittelstandsvereinigung und sogar auch das Schwarzarbeiterblatt, die „Deutsche Arbeiterzeitung“ und selbstverständlich die Arbeiter sich erklärt haben. Doch schwerer als die Wünsche aller wiegt der Nachspruch des Zentralverbandes. Das sind die Herren, zu denen ein Minister einstens sagte: „Meine Herren, wir (die Regierung) arbeiten ja nur für Sie.“

Als Antwort auf diese Maßnahmen der Industriellen und der Regierung nahm der Kongress folgenden, von allen Organisationen unterstützten Antrag einstimmig an:

Antrag.

Für den Fall, daß die im Entwurf der Reichsversicherungsordnung vorgesehene Halbierung der Beiträge und der Verringerung für die Krankenversicherung Gesetz werden sollte, verpflichten sich die der Generalkommission angeschlossenen Gewerkschaften, dahin zu wirken, daß die Gewerkschaftsbeiträge um denjenigen Betrag erhöht werden, den die Arbeiter infolge der geminderten Beitragszahlung zur Krankenversicherung ersparen. Die dadurch erzielten Mehreinnahmen sollen dazu verwendet werden, den Einfluß, der den Arbeitern innerhalb der Verwaltung der Krankenkassen genommen wird, durch verstärkten gewerkschaftlichen Kampf auf wirtschaftlichen Gebieten zu erweitern, um so den der Arbeiterklasse durch die Reichsversicherungsordnung zugefügten Schaden auszugleichen.

Im Interesse der gleichfalls durch die Reichsversicherungsordnung in ihrem Bestehen gefährdeten oder überhaupt zur Unmöglichkeit oder doch Bedeutungslosigkeit herabgedrückten „Freien Hilfskassen“ fand gegen nur 5 Stimmen ein Antrag Annahme, der den Hilfskassen das Weiterbestehen ermöglicht, falls keine wirkliche Vereinheitlichung der Krankenversicherung zur Durchführung gelangt, und folgendermaßen lautet:

Antrag.

Der Außerordentliche (Siebente) Kongress der Gewerkschaften Deutschlands möge seiner Ansicht dahin Ausdruck geben, daß für den Fall, daß bei Beratung der Reichsversicherungsordnung die Forderung zur Vereinheitlichung der Krankenversicherung nicht berücksichtigt wird und Sonderkrankentassen, wie Betriebs- und Innungskrankentassen, zugelassen werden, auch die freien Hilfskrankentassen, unter den Bedingungen, wie sie im § 75 des Krankenversicherungsgesetzes bisher enthalten sind, bestehen bleiben können. Jaffke und 20 Genossen.

Das so überaus schwierige und umfassende Gebiet der „Gewerbe- und landwirtschaftlichen Unfallversicherung“ behandelte der Arbeitersekretär Wissel-Verein in einem überaus glänzenden Referat. Mit seiner außergewöhnlichen Darstellungsweise und seltener Gestaltungskraft vermodete der Vortragende diese trodene Materie zu beleben. Immer für jeden Fall ein treffendes Beispiel anwendend, zeigte er mit plastischer Deutlichkeit, was zurzeit auf diesem Gebiete Rechtens ist, was nach der Reichsversicherungsordnung Rechtens werden soll und was nach unserer Ansicht Rechtens werden müßte, wenn die Interessen der Arbeiter auch nur einigermaßen so respektiert würden, wie es notwendig wäre.

Ueber die Seemannsversicherung hielt der Vorsitzende des Seemannsverbandes, Paul Müller-Hamburg, ein von großer Sachkenntnis zeugendes, auf die Eigenart der Seemannsverhältnisse gründlich eingehendes Referat.

Ueber die Mutterchaftsversicherung, deren Bedeutung und Beeinflussung auf unseren gesamten Gesellschaftsfortschritt referierte die Sekretärin der Generalkommission Gertrud Hanna-Verein. Durch Weibringung eines reichen Zahlenmaterials wies sie nach, wie infolge der Vernachlässigung der Mütter des arbeitenden Volkes während der Dauer des Wochenbettes nicht nur die Mütter, sondern der

gesamte Nachwuchs und damit die Nation schwer geschädigt wird. Dringend notwendig ist, daß hier Staat und Gesellschaft im ureigenen wohlverstandenen Interesse baldigst und nachdrücklich eingreifen.

Ueber die Invalidenversicherung sprach der Genosse Timm-München und über die famose Hinterbliebenenversicherung der Genosse Leide-Hamburg. Beide Referenten behandelten die ihnen gestellten Thematosen äußerst sachkundig und zergliederten den Entwurf der Regierung in seine Arbeitsteile und setzten dem Nachwerk die Forderungen der Arbeiter entgegen, die unbedingt zur Durchführung gelangen müßten, wenn diese Versicherungsweige auch nur die Namen verdienen sollen, die sie tragen.

Mit einer einstimmig angenommenen Resolution, in der die hauptsächlichsten Forderungen der Versicherten niedergelegt und kurz begründet worden sind, wurde der Kongress am Dienstag geschlossen. Die zur Annahme gelangte Resolution hat folgenden Wortlaut:

Resolution.

I. Der Außerordentliche (Siebente) Kongress der Gewerkschaften Deutschlands hält eine die gesamte arbeitende Bevölkerung umfassende reichsgesetzliche Zwangsversicherung für unumgänglich notwendig. Der dem Reichstage vorliegende Entwurf einer Reichsversicherungsordnung genügt den berechtigten Forderungen nicht.

II. Für die Krankenversicherung bringt der Entwurf zwar einige Verbesserungen (Ausdehnung der Versicherungspflicht, Ansätze zur Zentralisation), aber in durchaus unzureichender Weise.

Eine gerechte, die Interessen der Versicherten berücksichtigende Reform der Krankenversicherung muß die Zentralisation der Versicherungsträger beseitigen. Gemeinsame Ortskrankenkassen für die Städte und Bezirkskrankenkassen für die Landgemeinden unter Aufhebung der Ortskrankenkassenformen, soweit sie sich nicht auf die Bewährung ergänzender Krankenunterstützung beschränken, sind wichtigste Voraussetzungen für eine gedeihliche Entwicklung der Krankenversicherung.

Die im Entwurf vorgesehene mit der beabsichtigten Herabsetzung der Beitragsleistung begründete Halbierung des Stimmrechts bedeuten die vollkommene Entziehung der Versicherten, die vorgeschlagene Regelung des Rentenberechtigungsrechts, die Beziehungen der Krankentassen zu den Ärzten und Apothekern bedarf bringen einer Änderung auf der Basis völliger Vertragsfreiheit beider Teile.

Das bisherige Selbstverwaltungsrecht darf nicht verschlechtert, es müssen im Gegenteil die Befugnisse der Aufsichtsbehörden eingeschränkt werden.

Der Kongress fordert:

1. Die Erhöhung der Einkommengrenze für die Versicherungspflicht auf 5000 M.;
2. Ausgestaltung der Fürsorge für die Versicherten und ihre Angehörigen, insbesondere Gewährung einer ausreichenden Unterstützung an Schwangere und Wöchnerinnen, Gewährung von Stillgeld (Mutterchaftsversicherung);
3. Einräumung des Rechts an die Krankentassen, auch auf dem Gebiete der Krankheitsverhütung tätig zu sein, darauf bezügliche Vorschriften zu erlassen und die Durchführung dieser, sowie der auf Grund der Gewerbeordnung erlassenen Bestimmungen zu überwachen;
4. Gleichstellung der landwirtschaftlichen, staatlichen, kommunalen und seemannischen Arbeiter, der Dienstboten, Hausgewerbetreibenden usw. mit den gewerblichen Arbeitern;
5. Einheitlichkeit des Rechtsweges, Zuständigkeit des Reichsversicherungsrats als höchste Aufsichts- und Rekursinstanz unter Ausschaltung der Verwaltungsbehörden;
6. Übernahme der Kosten für die Versicherungsbehörden auf das Reich, die Einzelstaaten und Gemeinden.

III. Einseitlich der Unfallversicherung erklärt der Generalkongress, daß der neue Entwurf in keiner Weise den zu stellenden Ansprüchen an eine wirksame Unfallversicherung entspricht. Die Ausschaltung zahlreicher Berufs- und Gewerbezweige von der Unfallversicherung entbehrt jeder inneren Berechtigung. Das Gleiche gilt auch für den Ausschluß der auf dem Gebiete der öffentlichen Wohlfahrt Tätigen von der Versicherung. Es wird deshalb gefordert:

Die Ausdehnung der Versicherung:

1. auf alle gegen Lohn oder Gehalt Beschäftigten ohne Rücksicht auf die Höhe des Lohnes oder Gehaltes;

- 2. auf die selbständigen Unternehmer, soweit ihr Einkommen 3000 M. nicht übersteigt, unter Gewährung der Versicherungsberechtigung bei einem Einkommen bis zu 5000 M.;
- 3. auf die im Interesse der öffentlichen Wohlfahrt Tätigen.

Der Begriff des Betriebsunfalles ist auf jene Anfälle auszudehnen, die auf dem Wege nach und von der Arbeit eintreten. Gleich den Unfällen sind die Gewerbe- und klimatischen Krankheiten zu einschließen.

Die Träger der Unfallversicherung haben vom Tage des Unfalles an einzutreten.

Die Rente hat in voller Höhe den dem Verletzten, seinen Angehörigen oder Hinterbliebenen erwachsenen Schaden zu ersetzen. Sie ist unter voller Anrechnung des wirklichen Jahresarbeitsverdienstes unter Einhaltung einer Mindestgrenze zu berechnen.

Den Versicherten ist sowohl bei Entlassung als bei der Durchführung der zu erweiternden Unfallversicherung, bei der Ermittlung des Unfallbegriffes und bei der Rentenfestsetzung entscheidende Mitbestimmung durch gewählte Vertreter aus ihren Kreisen einzuräumen. Entschieden werden soll der Kongress gegen alle Vorschläge, die eine Verschlechterung der bisherigen Bestimmungen bedeuten.

IV. Auf dem Gebiete der Invalidenversicherung ruht der Entwurf der Reichsversicherungsordnung jeden ernsthaften Fortschritt vermissen. Soll die Invalidenversicherung den Anforderungen der minderbemittelten Volksklassen entsprechen, so ist mindestens zu fordern:

- 1. Erweiterung des Kreises der versicherungspflichtigen Personen, insbesondere Ausdehnung der Versicherung auf die Klein- und Hausgewerbetreibenden;
- 2. erhebliche Steigerung der Rentensätze, Vermehrung der Zahl der Beitragsklassen unter Anrechnung des vollen Jahresarbeitsverdienstes;
- 3. a) Anerkennung der Invalidität, wenn der Versicherte in seinem Beruf nicht mehr die Hälfte des Lohnes eines gleichartigen Vollarbeiters zu erwerben vermag;
b) Gewährung der Altersrente bei Vollendung des 65. Lebensjahres;
c) Erleichterung der Aufrechterhaltung der Anwartschaft. Wegen unterlassener Beitragsleistung der Arbeitgeber dürfen die Renten nicht verjährt werden;
- 4. geistlicher Anspruch der Versicherten und ihrer Angehörigen auf rechtzeitige Einleitung eines Heilverfahrens bei drohender Invalidität; ausreichende Fürsorge für die Angehörigen während des Heilverfahrens für einen Versicherten;
- 5. Einräumung größerer Anteilnahme der Versicherten an der Verwaltung; Einschränkung des Einflusses der Bureaucratie.

Der Kongress protestiert entschieden gegen das Bestreben, die allgemeine Versicherung erneut in eine Sonderversicherung für die Privatangestellten zu zerpfücken.

V. Die nach der Reichsversicherungsordnung geplante Hinterbliebenenversicherung bedarf einer durchgreifenden Ausgestaltung.

Der Kongress fordert:

- 1. Gewährung der Witwenrente an alle Witwen der Versicherten;
- 2. Zahlung der Witwenrenten in allen Fällen, ohne Rücksicht auf die Frage der Bedürftigkeit, unter Gleichstellung der unehelichen und ehelichen Kinder;
- 3. die Höhe der Renten soll in jedem Falle die Gewähr bieten, daß die Rentenbezieher nicht der öffentlichen Fürsorge anheimfallen;
- 4. Ausbau der freiwilligen Zusatzversicherung, daß sie auch für die Hinterbliebenen nutzbar wird;
- 5. Gleichstellung der Hinterbliebenen eines Ausländers mit denen der Inländer, und zwar auch dann, wenn ihr Wohnsitz sich im Auslande befindet.

VI. Wahl der Vertreter der Versicherten und der Arbeitgeber in direkter und geheimer Wahl auf Grund des Verhältniswahlsystems. Aktives und passives Wahlrecht für alle Versicherten, ohne Unterschied des Geschlechts und der Staatsangehörigkeit.

Desgleichen nahm der Kongress im Interesse der Versicherten einen Antrag an, der eine Neuregelung des mit einzelnen Bestimmungen sehr im argen liegenden Anwartschaftskassenwesens fordert; er lautet:

Mit Rücksicht auf das historisch gewordene Anwartschaftskassenwesen und im Hinblick auf die in demselben herabgetretenen Mitglieder fordert der Kongress eine Regelung des Anwartschaftskassenwesens unter Beibehaltung des Grundcharakters desselben durch die Reichsversicherungsordnung.

Streiks und Lohnbewegungen.

Der Streik der Militäratteller in Breg. Seit Jahren bemühen sich die Militäratteller der Firma Carl Schneider in Breg eine höhere Entlohnung für die Aufrechterhaltung der Ausstattungsgegenstände zu erhalten. Seit ungefähr 4 Jahren gehörten ihm sämtliche Sattler der Organisation an und erst jetzt war es möglich, dort einen entscheidenden Schritt zu unternehmen. Es würde ein kleines Buch ausfüllen, wollte man alles erwähnen, was die Sattler dieses Betriebes im Laufe der Jahre haben einlecken müssen durch das despotische Benehmen dieses Herrn Arbeitgebers und die Schlämerung seines Herrn Verführers Münze, Neuhäuserstraße. Daß man anfänglich verminderte die Organisation zu gehören, ist selbstverständlich. Auch hier verbieten es die Rahmenverhältnisse, uns lange mit der Vergangenheit zu beschäftigen. Die geringerten Lebensmittelpreise zwangen nun endlich auch unsere Kollegen, einmal entschlossen gegen die Firma Stellung zu nehmen, zumal wir mit einer allgemeinen günstigen Konjunktur in der Militärfelleindustria rechnen können.

Zur Illustration der ganzen Sachlage müssen wir erwähnen, daß die Lohn- und Arbeitsverhältnisse im Vergleich zu den übrigen Fabrikationsarten dieser Branche im Reich ohne Hebertreibung als die schlechtesten zu bezeichnen sind. Eine im Jahre 1900 aufgenommene Statistik von 11 Sattlern gibt folgendes Bild: Die Arbeitzeit beträgt wöchentlich 61 Stunden! Der Durchschnittslohn pro Woche 15,45 M., darunter Kollegen, welche 15, 13, 10 Jahre usw. dort beschäftigt sind. Von diesen 15,45 M. geht ein Abzug von 40-45 Pf. auf Faden und Wachs ab, ungeachtet die Kranken- und Invalidenbeiträge. Alle nicht durch besondere Umstände an den Ort gebundene Kollegen verlassen immer nach kurzer Zeit diese „göttliche Stätte“, so daß diese Firma in der deutschen Kollegenschaft ipso facto bekanntgeworden ist.

Am 16. April wurden die Forderungen nach der Grundlage des Berliner Tarifs eingereicht, mit Ausnahme der nicht hier angefertigten Artikel. Schon am dritten Tage darauf wurde ein Mindestlohntarif mit äußerst minimalen Zugeständnissen den Arbeitern vom Firmeninhaber in höchstgeiger Person übermittelt und durch den Mund des Herrn Wertmeisters in der Fabrik verkündet. Der Tarif sollte gleich angehängt werden.

Der zur Verhandlung erschienene Gauleiter wurde anderen Tages natürlich abgewiesen, da Herr Schneider „keine Zeit“ hatte. Sowie Zeit war aber noch vorhanden, sich den Kollegen gegenüber zu äußern, daß er den Verhandlungsleiter habe „abfahren“ lassen. (Eine Erwiderung auf diese und eine andere Verächtlichmachung gelegentlich in einer anderen Nummer der Zeitung.) Ein weiteres Vorgehen der Tarifkommission brachte ebenfalls nur unwesentliche Verbesserungen. Bemerkenswert hierzu werden: Um nur den Frieden zu erhalten, hatten wir alle anderen Bestimmungen des Tarifes fallen gelassen und legten nur den Wert auf die Akkordpreise, weil Herr Schneider sich unter keinen Umständen auf irgend etwas anderes einzulassen erklärte. Daß dieses Gebahren zur Erbitterung der Kollegenschaft ganz erheblich beitrug, ist selbstverständlich. Unbeschadet dessen, was Freitag, den 22. April, die Kommission noch erreichen konnte, wurde Donnerstag, den 21. April, in geheimer Abstimmung beschlossen, Sonnabend die Arbeit niederzulegen. Daß keine alten reuen Arbeiter diesen Schritt unternehmen würden, scheint Herr Schneider nicht geahnt zu haben. Nicht die Luft am Kampfe, sondern die Verzweiflung trieb sie dazu, bemerkte ein älterer Kollege. Vielleicht notiert sich Herr Schneider dies ganz besonders. Daß alles reiflich überlegt und erwogen wurde, dafür bürgt die Anwesenheit des Gauleiters. Die Verhandlungen am Freitag brachten allerdings wieder eine kleine Verbesserung, aber keineswegs in dem Maßstabe, wie wir es in dem zum zweiten Male eingereichten reduzierten Tarif zu erlangen glaubten, ganz zu schweigen von dem, was wir schon preisgegeben hatten.

Einen ganz groben Verstoß gegen den § 118 der Gewerbeordnung leistete sich Herr Schn. auf den Entlassungschein, indem er u. a. vermerkte: „K. B. hat als Streikender heute seine Fähigkeit aufgegeben!“ Kommentar überflüssig. Durch ein Schreiben ist die Firma auf diese Lebenswichtigkeit und ihre Folgen aufmerksam gemacht worden.

Herr Schn. glaubt nun, seine Arbeiten bei den Landweibern unterbringen zu können. Wir haben auch hier schon Gegenmaßnahmen ergriffen und uns mit diesen Herren in Verbindung gesetzt. Wir werden auch keine Arbeit scheuen, diese Geschäftsgebarung wie überhaupt die Zustände in der Fabrik an den maßgebenden Stellen vorzutragen. Weitere Arbeitswillige sind nicht vorhanden. Die Stimmung der Ausständigen ist ganz vorzüglich, so daß wir leider gezwungen sind, sobald die Fabrik nicht zu

betreten“, wie es Herr Schn. auszudrücken beliebt. Die Arbeitsniederlegungen in den Jahren 1895 und 1902 sind in keiner Weise mit der heutigen zu vergleichen.

Nicht die Luft am Kampfe, sondern die Verzweiflung war es, welche die Kollegen bewog, zu diesem Mittel zu greifen. Ueber die standalöse Behandlung unserer Kollegen durch den Herrn „Verführer“ in den ganzen Jahren und verschiedenes andere mehr in späteren Berichten.

Leipzig. Von den 150 Kollegen und Kolleginnen, die in den Streik traten, ist durch Abreise der Ledigen und indem viele anderwärts untergebracht wurden, die Zahl auf rund 100 zurückgegangen. Dazu ist zu bemerken, daß an die Streikleitung oftmals Verbeirater beauftragt und fragen, ob es im Interesse der Bewegung liegt, wenn sie abreisen, was wir jedoch ablehnen mußten, da es ebenso in unserem Interesse liegt, von unseren besten Kollegen möglichst viele am Orte zu behalten. Es ist also eine Energie vorhanden, die dem Ziele, dem es haupt sächlich gilt, auch würdig ist. Denn: „Nur der verdient sich Freiheit und das Leben, der täglich sie erobern muß.“ Es gilt auf eine Freiheit zu erobren, nämlich die, daß wir selbstbestimmend über die Festsetzung unserer Lohn- und Arbeitsbedingungen, unsere Arbeitgeber lehnen es nämlich ab, mit uns als „Korporation“ zu unterhandeln, sie glauben in der alten „harmonischen“ Art ihren Sattlern am besten das Hehl über die Ohren ziehen zu können. Die Forderung, mit der der Kampf unter großen Opfern von beiden Seiten geführt wird, ist der keine Beweis, daß beide Teile ihren Standpunkt in der schärfsten Weise vertreten. Die Streikenden sind entschlossen, die Anerkennung der Organisation als selbstbestimmenden Faktor zu erkämpfen.

Wir sind uns bewußt, daß die Augen der Kollegen Deutschlands nach Leipzig gerichtet sind; in doch dieser Kampf in diesem Umfang der erste und wichtigste in Leipzig. Darum Kollegen, die Augen auf und jetzt uns von allem in Memento, was irgendwie für uns von Belang sein könnte.

Von den Versuchen, die die Arbeitgeber gemacht haben, einen Teil in die Bewegung zu treiben, hier zu berichten, ist wohl überflüssig. An der geschlossenen Phalanx der Leipziger Sattler und Portefeuller prallten solche wirkungslos ab.

Die Annoncen in den bürgerlichen Zeitungen Deutschlands und in der Inkratenplantage für Streikbrecher, in den Leipziger Neuesten Nachrichten, haben nur vermocht, ein paar heruntergekommene Exzentrizen heranzuziehen. Hier ist es die Firma F. A. Winterstein, der es gelungen ist, durch Annoncen, in denen sie Sattler und Portefeuller bei 60 bis 70 Pf. Stundenlohn sucht, einige solcher Leute zu ergattern. Nicht weniger als drei ehemalige Meister, sogar einen Hofattellemeister aus Altenburg, beschäftigt diese Firma jetzt. Alles Leute, die sie in regulären Zeiten nicht einstellen würde. Von den bestritten Firmen gabt gerade Winterstein die niedrigsten Löhne; in den Annoncen wird mehr geboten, als unsere Forderungen sind. Den schönsten Bluff verriichte Herr Winterstein, indem er einem Kollegen einen Brief sandte, in dem er verlangte, daß seine Leute bedingungslos die Arbeit aufnehmen sollten, außerdem dürften sie die Streikbrecher als solche werden die Arbeitswilligen unseren Kollegen gegenüber beim Abholen des Werkzeuges von einem Angestellten bezeichnen; nicht befristigen, andernfalls sofortige Entlassung erfolge. Somit sollten die Kollegen noch die liegen gebliebene Akkordarbeit derjenigen fertigstellen, die nicht wieder in den Betrieb kommen. Herr Winterstein will nach Bad Nauheim verreisen und da hatte er es jedenfalls recht eilig. Na, wir haben dem Herren die Antwort, die auf seinen Brief paßt, gegeben. Einen Bericht von jeder einzelnen Berufskraft zu geben, dürfte wohl nicht angebracht sein und wollen wir es uns vorläufig an dieser einen genug sein lassen.

Im übrigen sprechen wir den Jiltalen unseren Dank für die freiwillige finanzielle Hilfe aus.

Korrespondenzen.

Nürnberg. Die Versammlung am 30. April hat beschlossen, während der Dauer des Manuarbeiterkampfes von den männlichen Mitgliedern einen Extrabeitrag von 20 Pf., von den weiblichen einen solchen von 10 Pf. pro Woche zu erheben.

Berlin. (S. 28. 4.) Versammlung der Jugendabteilung. Am Sonntag, 17. April, fand die erste Versammlung unserer Lehrlings- und Jugendabteilung statt. Kollege Schmidt hatte es übernommen, den zahlreichen erschienenen Kollegen Zweck und Ziele unserer Organisation zu schildern. Der Referent schilderte eingehend die Verfüngung vieler Arbeitgeber an der geistigen und fachlichen Ausbildung der Jugend. Es sei die wichtigste Aufgabe unserer Organisation, hier helfend einzugreifen und dem einzelnen in seiner Ausbildung behilflich zu sein. Auch der Pflege des Jugendschusses wird

sich unsere Organisation mit aller Kraft widmen. Und nicht zuletzt müsse dafür gesorgt werden, daß die erwachsenen Kollegen in dem Lehrling und jugendlichen Hilfsarbeiter nicht den ihnen zur Verfügung stehenden Stellen, sondern den späteren Kämpfern sehen. — An der Erfüllung dieser unserer Aufgaben können uns weder die jährliche Kampfesweise rufständiger Innungsmeister noch brutale Willkür der Behörden hindern. Der Geist, der unter der jungen Garde des Sattler- und Portefeullerverbandes herrscht, bietet die beste Gewähr für die Überwindung solcher Angriffe, wie sie in letzter Zeit gegen die Gründung unserer Organisation von den Innungsmeistern gerichtet worden sind. Dem Vortrage wurde lebhafter Beifall gezollt.

Zum § 2 der Statuten wurde beantragt, auch jugendliche Hilfsarbeiterinnen in unsere Abteilung aufzunehmen. Der Antrag wurde dem Ausschuss zur Berücksichtigung übergeben.

Nachdem noch fünf Kollegen in den Ausschuss gewählt wurden und beschlossen wurde, am 1. Mai einen Ausflug zu unternehmen, fand Schluß der von mehr als 30 Lehrlingen besuchten Versammlung statt.

Aufgabe des Verbandes muß es nun sein, seinem jüngsten Zweige eine gute Ausbreitungsmöglichkeit zu verschaffen. Dies kommt in erster Linie die Schaffung geeigneter Räume, in welchen die Jugend ohne Zwang verkehren kann, in Betracht. Hierzu würde sich das Zentralbureau unseres Verbandes ganz besonders eignen. Alle alle Vorbereitungen für eine gedeihliche Entwicklung sind gegeben. Und daß es vorwärts gehen wird, dafür werden schon unsere „Freunde“, die Feinde, Sorge tragen.

Wieg. (E. 30. 4.) Am 26. April fand eine außerordentliche Mitgliederversammlung statt mit folgender Tagesordnung: 1. Der Stand der Lohnbewegung bei der Firma Karl Schneider. 2. Das Verhalten der Streikenden und die Pflichten der Aufstehenden. 3. Verschiedenes. In einem einstündigen Vortrage erklärte Gauweiler Kollege Wärtich den Nicht am Streik beteiligten Kollegen das ganze Vorgehen bei der Firma Schneider. Leider war mit Herrn Schneider keine Einigung erzielt worden, so daß die Kollegen gezwungen waren, die Arbeit niederzulegen. Alsdann kam Gauweiler Kollege Wärtich auf das Verhalten der Streikenden zu sprechen. Die Haltung der Streikenden wäre bis jetzt vorzüglich und soll jeder soviel wie möglich auf dem Posten sein. Auch wurden die Aufstehenden beauftragt, falls Streitarbeiter an ihre Meister vergeben werden sollte, unerbittlich der Streikleitung Meldung zu erstatten. Unter „Verschiedenem“ stellte ein Kollege den Antrag: es solle den streikenden ledigen Kollegen ein wöchentlicher Zuschuß von 50 Pf. aus der Lokalfasse gewährt werden. Dieser Antrag wurde einstimmig angenommen.

Offenbach a. M. (E. 30. 4.) Eine am 25. April hier tagende Mitgliederversammlung beschloß folgende Tagesordnung: 1. Abrechnung vom 1. Quartal, 2. wichtige Verbandsangelegenheiten, 3. Stellungnahme zur Weisfeier.

Die Abrechnung wurde vom Kassierer, Kollegen Krüger, erstattet, von den Revisoren für richtig befunden und auf deren Antrag dem Kassierer Decharge erteilt. Aus derselben ist bemerkenswert: Für die Hauptkasse wurden vereinnahmt: 8688,70 Mark. Die Ausgabe für die Hauptkasse setzt sich aus nachstehenden Posten zusammen: Reiseunterstützung 21.—, Arbeitslosenunterstützung 287,50 Mk., Krankenunterstützung 1939,05 Mk., Bedienungsbefehle 135,00 Mk., Streikunterstützung 683,17 Mk., sonstige Ausgaben inkl. Gehälter 1564,64 Mk. Am Orte verbleiben an Prozenten 1297,20 Mk. An die Hauptkasse wurden somit in bar abgehandelt: 2805,14 Mk. Der Lokalfassenbestand ist am Schlusse des Quartals 2479,61 Mk., der Mitgliederbestand 1347 männliche und 104 weibliche, die Lehrlingsabteilung hat einen Mitgliederbestand von 75. Kollege Wurm gibt der Vermutung Raum, daß eine Anzahl Lehrlinge von Affordarbeitern vom Beitritt in die Lehrlingsabteilung unserer Verbandes zurückgehalten wird, weil diese vielfach die vereinbarten Löhne nicht zahlen und befürchten, nach Bekanntwerden dieser Tatsache dazu gezwungen zu werden.

Zum 2. Punkt nimmt ebenfalls Kollege Wurm das Wort und führt etwa aus: „In den letzten Wochen haben sich in unserer Verwaltungsstelle Dinge abgepielt, die geeignet sind, das Verbandsleben im ganzen Industriegebiet zu schädigen und die der heutigen Versammlung unterbreitet werden müssen. So werde beispielsweise das Gerücht kolportiert, die Verwaltung treibe unaufrichtige Propaganda zur Verschmelzung der umliegenden Verwaltungsstellen mit Offenbach. Wir haben noch nie ein Hehl daraus gemacht, daß wir eine derartige Verschmelzung für zweckmäßig halten und sehen mit unserer Anschauung durchaus nicht allein, weil die Kollegen aller umliegenden Orte die enge berufliche Verbindung mit Offenbach haben. Der Streit bei der Firma Maury u. Co. hat uns das aufs neue vor Augen geführt. Aus diesen Gründen wurde

auch vom Zentralvorstand eine Verschmelzung empfohlen, wie auch schon deswegen, um die Verwaltungsstellen im ganzen Bezirk zu verbilligen. Die Verwaltungsstelle mußte, als ein Stadteil von Offenbach zunächst in Betracht kommen und es wurde eine kombinierte Verwaltungssitzung von Würzel und Offenbach sowie der Gauleitung und eines Vertreters des Zentralvorstandes in dieser Angelegenheit anberaumt. Während die Sache in der Schwebe war, wurde von den Würzeler Kollegen der größte Teil ihrer Lokalfasse aufgeteilt. In der kombinierten Sitzung wurde sodann beschlossen, daß die Würzeler Verwaltungsstelle mit Offenbach zusammengelegt werde. Die Kollegen von Würzel sollten gehalten sein, den von der Lokalfasse empfangenen Betrag zurückzahlen, andernfalls sollte es ihnen an einer eventuellen Unterstützung in Abzug gebracht werden. In der dann in Würzel stattgefundenen Versammlung habe jedoch der Zentralvorstandsvertreter einen Rückzug angetreten. Die Kollegen dürften die erteilten Lokalfasse behalten und es blieb somit alles beim alten. So steht heute noch die Sache, eine unaufrichtige Propaganda zu entfalten ist der Offenbacher Verwaltung nicht eingefallen.

Gegen eine Verschmelzung der beiden Verwaltungsstellen Offenbach und Frankfurt, die durch zwei Versammlungen in die Wege geleitet war, ist von einigen Offenbacher Mitgliedern Protest erhoben worden. Der Protest war ganz unbegründet, da doch nach dem Statut noch eine Urabstimmung über die Verschmelzung entscheiden mußte. Der Zentralvorstand, der einer Verschmelzung an und für sich geneigt ist, glaubte seine Zustimmung nicht geben zu können, wenn damit die Anstellung eines Beitragserebers verknüpft sei, welche Frage nunmehr gefallen ist. Eine Verschmelzung von Offenbach und Frankfurt liegt jedoch auch ohne Anstellung eines Beitragserebers im Interesse beider Verwaltungsstellen und wird eine Urabstimmung darüber zu erwägen sein. (D. W.)

Zu dem in Nr. 11 der Zeitung erschienenen Eingekauft des Kollegen F. F. bemerkt Kollege Wurm, daß daraus eine systematische Hege gegen die Beamten herborgehe. Seiner Antwort auf dieses Eingekauft sei leider die Aufnahme in der Zeitung verweigert worden, sie sollte verbandschädigend wirken. Im Interesse der Einigkeit habe er von einer anfangs beabsichtigten Beschwerde an den Ausschuss Abstand genommen. Dem Eingekauft F. F. empfiehlt Kollege Wurm, seine Kritik in der Versammlung zu üben, wo man ihm Rede und Antwort stehen könne, anstatt die Beamten in der Zeitung herunterzumachen. Durch solche Machenschaften scheint auch der Zentralvorstand ein falsches Bild zu gewinnen, denn aus dem in Nr. 13 der Zeitung P. B. gezeichneten Artikel geht ebenfalls hervor, daß man in Berlin der Meinung ist, es geschehe hier im Offenbacher Industriegebiet zu wenig in puncto Agitation. Es geschieht hier, was nur geschehen kann, aber selbst dem Zentralvorstand wird es niemals möglich sein, alle die feineren Ausgetretenen wieder zu gewinnen, die einst durch große, unerschütterbare Versprechungen gefördert worden sind.

Kollege Jung schließt sich den Ausführungen Wurms an und bedauert, daß gegen die Beamten eine derartige Hege entfaltet wird; es könne das dem Verbands nur zum Schaden gereichen.

Kollege Faulstich ist der Auffassung, daß in der Verschmelzungsangelegenheit mit Frankfurt keine Urabstimmung beabsichtigt war. Das jetzige Erhebungsgebiet habe sich bewährt. In Berlin sei immer die höchste Kritik zu verzeichnen, weil man das Erhebungsgebiet nicht habe. Er bekennt sich als der Einseiner des oben bezeichneten Artikels und erklärt, er habe dies nur im Verbandsinteresse getan und nicht, um zu helfen. Wenn das Eingekauft den Beamten nicht passe, sollten diese sich doch dagegen wehren. (Zuruf: „Sie dürfen ja nicht!“)

Kollege Hornstein bedauert die Ablehnung der Antwort auf das Eingekauft seitens der Redaktion. (Zuruf: „Ja ja, den Esel haut man und den Müller meint man!“) Des Weiteren empfiehlt er öftere Mitgliederversammlungen, wenn diese auch nicht immer gut besucht sind, um über alle Angelegenheiten stets unterrichtet zu sein.

Kollege Krüger wundert sich über die Auffassung der Mitglieder, die nach der letzten Versammlung glaubten, die Verschmelzung mit Frankfurt sei nun perfekt. Nach dem Statut mußte doch noch eine Urabstimmung stattfinden, nachdem sich die beiden Versammlungen über die prinzipielle Frage einig waren.

Kollege Pfeiffer wünscht gleichfalls öftere Versammlungen. In der Verschmelzungsfrage scheint sich der Zentralvorstand gemaußert zu haben. Die Ablehnung des Würzischen Artikels ist zu bedauern, um so mehr, als man anstandslos das Eingekauft F. F. aufgenommen hätte. In Offenbach könne von so hohen Verwaltungsstellen durchaus nicht gesprochen werden. Kollege Weinischil muß wissen, welche Arbeit hier zu leisten sei.

Kollege Jung meint, daß Kollege Weinischil bei seiner letzten Anwesenheit in Offenbach in einer Versammlung hätte sprechen können, es habe dem nichts im Wege gestanden.

Dem Kollegen Faulstich drängt sich die Meinung auf, daß man es im Zentralvorstand nicht ungern sähe, wenn in den Offenbacher Verhältnissen eine mögliche Bewirrung eintreten würde, damit dieser Gelegenheit habe, eine Regelung in seinem Sinne zu bewirken.

Damit schließt die Diskussion. Zur Weisfeier wurde eine Anzahl Ordner bestimmt und die Mitglieder zur vollzähligen Teilnahme an der Versammlung und dem Demonstrationzüge aufgefordert.

Gegen die Mitglieder Karl Kurzhals-Mühlheim und Oswald Hofmann-Offenbach, die bei dem Streit bei der Firma Maury u. Co. Arbeitswillige gespielt hatten, wird einstimmig der Antrag auf Ausschluß gestellt.

Nachdem noch auf den Väterreiß und Protobott hingewiesen wurde, erfolgte Schluß der interessanten Versammlung.

Schandtunung des Zentralvorstandes.

Die Mitgliedskarte Nr. 10534, auf den Namen Gustav Klaus-Greifheim lautend, ist verloren gegangen und wird hiermit für ungültig erklärt.

Das Mitglied Franz Noack, Buchnummer 5643, wird ersucht, seine Adresse dem Kassierer Otto Berndt, Dresden-N., Görliger Straße 29, mitzuteilen.

Die Verwaltungsstellen Ulm, Zerbit und Haidau haben die Abrechnung für das erste Quartal noch nicht eingekauft. Wir eruchen die Revisoren, für die Einsendung sorgen zu wollen.

Der Vorstand.

Adressenänderungen.

Krausberg, K. H. Steinweg, Kreuzstr. 73a, Königsberg i. Pr. A. N. im V. Arndtenstr. 4 (Zelkenburg).

Versammlungskalender.

(Unter dieser Rubrik veröffentlichen wir kostenlos diejenigen Versammlungsanzeigen, die bis zum Redaktionsschluß bei uns eintreffen.)

- Wagen. Sonnabend, den 14. Mai, abends 8 1/2 Uhr, im Restaurant „Stadt Bittau“.
- Dresden. Dienstag, den 10. Mai, abends 8 1/2 Uhr, Versammlung im Volkshaus.
- Düsselberg. Dienstag, den 10. Mai, abends 8 1/2 Uhr, Mitgliederversammlung im Volkshaus.
- Rölln a. Rh. Sonnabend, den 7. Mai, abends 9 Uhr, Mitgliederversammlung im Volkshaus.
- Stuttgart. Sonnabend, den 14. Mai, abends 8 Uhr, im Gewerkschaftshaus, Ehlinger Straße 13, Mitgliederversammlung.

Anzeigen.

Zentral-Franken- und Begräbniskasse der Sattler und Berufsgenossen Deutschlands, „Hoffnung“, E. G. 64, Berlin.

Mitgliederversammlungen.
Berlin. Sonnabend, den 7. Mai, außerordentliche Versammlung bei Weisfeier, Grünstr. 21. Tagesordnung: Beratung der vorliegenden Anträge zur Leipziger Generalversammlung.

Tüchtige Täschner und Portefeuller
per sofort zu angemessenen Löhnen gesucht.

A. Nitke, Lederwarenfabrik, Bayern 1, Schl.

Sattler

auf rohe und bezogene Vullanfäbteroffer per sofort gesucht. Gute dauernde Beschäftigung.

C. Lohmann, Bielefeld.

Suche im Auftrage

existenzfähiger Geschäfte und bitte um sofortige Angebote. Paul Finger, Berlin, Alexanderstr. 51/52. Tel.-Amt VII, 10489. Bekannter Verkaufsmaler. Anlaßteste Bedingungen und strengste Discretion zugesichert.